



HESSISCHER LANDTAG

17. 11. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Skandale in der Hessischen Polizei endlich unabhängig aufklären

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung Gerüchte, schlimmste Vorwürfe und Skandale in der Hessischen Polizei nicht länger leugnet und ignoriert, sich zu Fehlern und Führungsproblemen bei der Hessischen Polizei bekennt und nun aufarbeiten möchte.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung sich den Vorschlag der Opposition zu Eigen gemacht und endlich einen Ansprechpartner für hessische Polizistinnen und Polizisten eingesetzt hat. Dieser muss nun die Aufgabe erhalten, alle im Raum stehenden Vorwürfe unabhängig und sachdienlich aufzuarbeiten und auch künftig als unabhängiger Ansprechpartner für Probleme in der Polizei zur Verfügung zu stehen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit der Einrichtung dieser Stelle die Hinweise der Sachverständigen in der Anhörung des Innenausschusses zum Thema umzusetzen und die Unabhängigkeit des Ansprechpartners für hessische Polizistinnen und Polizisten in jeglicher Hinsicht zu gewährleisten.

Als zentrale Kriterien für den Ansprechpartner (Ombudsmann, Polizeibeauftragter) wurden von den Sachverständigen benannt:

- a) Unabhängigkeit: Die Stelle ist außerhalb der Strukturen der Polizei und außerhalb der Strukturen des Innenministeriums zu schaffen.
- b) Überparteilichkeit: Die Stelle muss durch eine Person besetzt sein, die sowohl über Parteigrenzen hinweg als auch in der Polizei ein hohes Ansehen genießt.
- c) Besuchs- und Informationsrechte: Die Stelle muss nicht nur mit ausreichend Sachmitteln und Personal, sondern auch mit eigenen Befugnissen ausgestattet sein, so zum Beispiel mit einem Aktenansichts-, amtsinternen Ermittlungs- und ständigen Besuchsrecht in den Dienststellen.
- d) Berichtspflichten: Die Arbeit muss durch den Landtag überprüf- und nachvollziehbar sein. Dem Landtag ist regelmäßig Bericht zu erstatten.
- e) Stärkung und Einbindung der Personalräte: Die Strukturen für die Arbeit und die Anzahl von Personalräten sind dringend zu stärken. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der neu geschaffenen Stelle mit den Personalräten erscheint unverzichtbar.
- f) In jedem Polizeipräsidium sollten regionale Vertrauenspersonen benannt sein, die mit dem Ansprechpartner für hessische Polizistinnen und Polizisten und den Betroffenen vor Ort vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Wiesbaden, 17. November 2010

Der Parl. Geschäftsführer:
Schaus